

## ■ Neue Kulturförderung

### Norbert Sievers über »Neue Kulturförderung« und das »Jahrbuch für Kulturpolitik 2014«

Herr Sievers, eben ist das 14. Jahrbuch Kulturpolitik erschienen. Es widmet sich dem Thema »Neue Kulturförderung«. Was soll man darunter verstehen?

Norbert Sievers: Mit der »Neuen Kulturpolitik«, die ihren Anfang bekanntlich in den 1970er Jahren genommen hat, hat sich auch die Kulturförderung im engeren Sinne verändert. Auffällig ist insbesondere, dass die institutionelle Förderung von Einrichtungen und wiederkehrenden Veranstaltungsformaten zunehmend ergänzt und z.T. auch ersetzt wird durch eine zeitlich befristete projekt- und programmbezogene Förderung.

Derlei Programme gibt es schon lange, weshalb jetzt die Charakterisierung als »neu«?

Neu sind die quantitative Dimension und die dadurch ausgelösten Veränderungen. Obwohl es zur Anzahl der Programme und Projekte und zu ihrem finanziellen Umfang keine verlässlichen Daten gibt, lässt schon die Auflistung der bekanntesten Fördertöpfe auf Europa-, Bundes-, Länder und kommunaler Ebene erkennen, dass in der Summe ein Betrag von mehreren Hundert Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stehen dürfte, um Kulturförderung auf diese Weise zu betreiben. In der kleinen Schweiz sollen es sogar 400 Millionen Franken sein. Damit ist eine Größenordnung erreicht, die es notwendig macht, über die Ursachen und Folgen und über die Erscheinungsformen dieser Entwicklung nachzudenken.

Die Kulturförderung insgesamt erreicht hierzulande einen Betrag von fast 10 Milliarden. Das relativiert die »neue« Förderung etwas. Wo und wie macht sich diese Entwicklung in der Kulturpolitik denn bemerkbar?

Systematisch gesehen hat diese Entwicklung Folgen für alle drei Dimensionen der Kulturpolitik, also für ihre Ziele und Inhalte, für ihre Strategien und Verfahren und für ihre institutionellen Strukturen. Auf der Zielebene müssen wir feststellen, dass es bei der programmatischen Förderpolitik nicht mehr nur um Kunstförderung geht, sondern auch um außerkulturelle Ziele der Stadtentwicklung, der Tourismusförderung, der Wirtschafts- und Regionalpolitik etc. Entsprechend verändern sich auch die Themen der Förderung. Mit anderen Worten: Es geht bei der »Neuen Kulturförderung« oft um multithematische Programme, deren eigent-

liche Zweckbestimmung nicht vorrangig kultureller Natur ist. Die Kultur- und Kunstförderung ist eher ein sekundärer Beweggrund unter vielen anderen Motiven.

Das erinnert an die 1990er Jahre, als zum Beispiel das Programm »Kultur 90« alle diese Segmente kulturpolitisch aufladen wollte. Wo ist das Problem?

Es ist insofern ein Problem, als sekundäre Motive der Kulturförderung immer mehr ins Zentrum der kulturpolitischen Argumentation rücken und kaum einer der Diskursakteu-



Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik 2014. Thema: Neue Kulturförderung, Band 14, Essen: Klartext 2015, 452 S.

re noch zu sagen weiß, worum wir Kunst- und Kulturförderung im engeren Sinne brauchen, weil sich der Begründungsfokus mittlerweile verschoben hat. Die eher indirekte Kulturförderung ist sehr begründungsintensiv, weil zunächst dargelegt werden muss, warum Kultur bei der Bearbeitung einer bestimmten Herausforderung, sagen wir der Stadtentwicklung oder der kulturellen Verarmung in ländlichen Regionen, behilflich sein kann. Alle Argumentationskunst muss also darauf gerichtet sein, derartige Effekte zu begründen. Das schwächt die Position und Legitimation der Kulturpolitik auf Dauer, weil sie nach wie vor in hohem Maße auf Zustimmung zur

Förderung der bestehenden Kulturinfrastruktur angewiesen ist, die selbstverständlich den Löwenanteil der öffentlichen Kulturmittel in Anspruch nimmt. Die Argumente für den Hauptsinn und den Nebennutzen der Künste und der Kultur treten in Konkurrenz zueinander.

Sie sprechen von der Verschiebung des Begründungsfokus. Stichworte wie Umwegrentabilität oder die Bezeichnung der Kulturförderung als »Investition« etwa in die Stadtentwicklung sollten doch ursprünglich die Bedeutung des Politikfeldes »Kultur« insgesamt unterstreichen und damit auch den großen Institutionen zu Gute kommen. Für welche kulturpolitischen Akteure haben sich im Laufe der von Ihnen skizzierten Entwicklung die Anforderungen an Strategien und Verfahren verändert?

Neue Kulturförderung meint nicht so sehr institutionelle, werk- oder personenbezogene Förderung, sondern in aller Regel Projektförderung (oft im Rahmen übergeordneter Programme) mit einer klaren Befristung und häufig im Kontext öffentlich ausgeschriebener Wettbewerbe und es werden nicht mehr nur Künstler, Kunstwerke oder Kulturveranstaltungen unterstützt, sondern in verstärktem Maße auch Strukturen, Prozesse, Netzwerke und Kontexte. Es gibt mittlerweile eine kaum noch zu überblickende Anzahl solcher Offerten.

Im gängigen Politjargon würde man davon sprechen, dass hier Chancen für neue Akteure geschaffen werden, in ein ansonsten weitgehend geschlossenes System »Kultur« einzusteigen und es in Bewegung zu bringen. Motto: Konkurrenz belebt das Geschäft, weil es die Konkurrenz um »Qualität« erhöht.

Das ist richtig. Aber mehr Wettbewerb führt auch zu mehr Stress. Nehmen wir doch das gegenwärtig viel diskutierte Phänomen der »Projektitis«. Die Kritik daran lässt sich zugespitzt zusammenfassen: die auf zeitlich befristete Maßnahmen setzende Förderpolitik verschärft die prekären Verhältnisse im Kulturbereich und trägt eben nicht zur Milderung bei. Dies ist ein systemischer Effekt, der in den Blick genommen werden muss.

Was sagt uns das?

Projektbezogene Kulturförderung hat Vor- und Nachteile. Sie ist sicherlich für Kunst und Kultur ein starker Innovationsmotor und aufgrund ihrer Flexibilität und der vielfältigen Beteiligungsoptionen »ma-

ximal demokratisch« wie Pius Knüsel in seinem Beitrag im »Jahrbuch« schreibt. Auch in steuerungstheoretischer und -politischer Hinsicht ist sie höchst effektiv. Sie belastet die öffentlichen Etats nicht auf Dauer und gibt gleichzeitig viel mehr Spielraum, um flexibel auf neue Themen und neu entstehende Förder- und Modernisierungsbedarfe zu reagieren. Mit einer Programm- und Projektförderung kann zudem eine viel breitere politische Agenda »bespielt« und zusätzliche finanzielle Ressourcen aus anderen Ressorts für Kunst und Kultur aktiviert werden. Das macht sie für die Landes- und Bundeskulturpolitik so interessant. Sie gewinnt dadurch Handlungsfähigkeit zurück, die in manchen Ländern fast gegen Null geht, wo die Mittel zu über 90 Prozent institutionell gebunden sind.

*Zeitlich befristete Projektförderungen beseitigen die ohnehin schon fragile und ökonomisch prekäre Lage vieler Kulturakteure nur bedingt. Etwaigen Vorteilen stehen auch Risiken und Nachteile gegenüber. Auf jeden Fall gibt es Stress. Könnte die Kulturpolitik Alternativen bieten?*

Der Zwang zur Dauerinnovation durch Projektarbeit, der durch den Wettbewerb um die Fördertöpfe strukturell begründet ist, kann auch zu einer Erschöpfung der Kulturszene führen. Deshalb muss es kulturpolitisch auch darum gehen, auf die Balance von projektbezogener und institutioneller Förderung zu achten und zu verhindern, dass diese Entwicklung in der öffentlichen Kulturförderung letztlich zu einem Zwei-Klassen-System von institutionell geförderten Einrichtungen auf der einen Seite und projektbezogen geförderten Akteuren auf der anderen Seite führt, weil diese Situation sich zu einer legitimatorischen Belastung des Systems auswachsen könnte.

*Noch einmal: Was sagt uns das?*

Programm- und projektbezogene Kulturförderung ist in hohem Maße ziel- und ergebnisorientiert und konstituiert in der Tendenz ein neues Verhältnis von förderndem Staat und der Kunst- und Kulturszene, das im Widerspruch steht zu dem traditionellen Modus der Kunst- und Kulturförderung. Wenn die Verwirklichung außerkultureller Ziele zur Bedingung der Förderung kultureller Vorhaben wird und die Zielerreichung zum Gegenstand von Evaluationsmaßnahmen, dann wird zumindest der legitimatorische Grat, auf dem Kulturpolitik wandelt, sehr schmal. Dessen sollten sich die Förderer und die Geförderten bewusst sein.

*Wollen Sie damit sagen, dass die zielorientierte Kulturförderung die kulturellen Akteure zu sehr bindet oder instrumentalisiert?*

Zumindest besteht die Gefahr. Und das wird ja gegenwärtig auch sehr stark diskutiert, etwa bei den Auflagen, die den Kultur-

einrichtungen im Zusammenhang mit Programmen der Kulturellen Bildung und Vermittlung gemacht werden. Aber es geht mir nicht nur darum. Wichtig ist auch, dass die »neue« Art, Kulturförderung quasi im Huckepackverfahren im Kontext politischer Programme zu realisieren, die die kulturellen Akteure respektive ihre verbandlichen Repräsentanten in eine Programm ausführende Rolle hineinversetzen. Sie werden dadurch zu mithelfenden Agenturen politischer Steuerung. Paradigmatisch ist dafür das Programm »Kultur macht stark« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das überwiegend über Verbände und intermediäre Instanzen abgewickelt wird.

*Was ist daran schlecht, wenn der Bund 240 Millionen Euro für Kulturelle Bildung ausgibt und dafür fachkompetente Verbände gewinnt, die es sachgerecht verteilen?*

Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden, wenn allen Beteiligten klar ist, dass mit einer solchen Politik durch Verbände, auch der Autonomiespielraum der kulturellen Akteure eingeengt werden kann. Auch hier geht es um eine Gratwanderung: Je mehr Verbände zum Erfüllungsgehilfen der Politik werden, umso weniger sind sie möglicherweise noch Agenturen der zivilgesellschaftlichen Interessensartikulation. Das mag sich sehr puristisch anhören und in der Tat wird in der Praxis nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Aber Kulturpolitik ist immer auch Demokratiepoltik und muss Autonomiespielräume der Kunst und der kulturellen und zivilgesellschaftlichen Akteure schützen und nicht einengen. Deshalb sind eine gehörige Portion Purismus, aber auch eine kritische Diskussion und Reflexion notwendig. Das müssen die Förderer und die Geförderten aushalten. Im konkreten Fall von »Kultur macht stark« haben sie es offenbar nach anfänglichen Irritationen ausgehalten.

*Sie haben auch davon gesprochen, dass die »neue Kulturförderung« sogar die Institutionen verändert, für die 90 Prozent der Fördermittel aufgewandt werden. Was meinen Sie damit?*

In der Kulturpolitik wird viel von Netzwerken und von einer neuen Governancestruktur geredet. Diese Thesen können durch die neue Kulturförderung exemplifiziert werden. Denn das Fördersystem hat sich dadurch enorm erweitert und verkompliziert. Niemand überblickt mehr die Anzahl der Förderoptionen und die Zugänge werden auch immer komplizierter. Deshalb haben die großen europäischen Programme und Strukturfonds in der Regel ihre eigenen Beratungs- und Informationsstellen und es gibt eine Fülle von (intermediären) Agenturen, die den Behörden bei der Umsetzung der Programme zur Hand gehen. Dadurch ver-

ändert sich das System der Kulturförderung. Nimmt man diejenigen Programme hinzu, die nicht genuine Kulturförderprogramme sind, aus denen aber kulturelle Maßnahmen und Projekte gefördert werden können und deshalb auch adressiert werden, dann kann sogar von einer zweiten Struktur der Kulturförderung gesprochen werden. Mit anderen Worten: Parallel zur regulären Kulturförderung des Bundes, der Länder und der Kommunen etabliert sich eine zweite Struktur der Förderung von Kunst und Kultur mit ganz neuen Notwendigkeiten der Konzeptionierung, Koordination und Konzertierung sowie der Information, Beratung, Evaluation und begleitenden Kulturpolitikforschung, die das herkömmliche System der nach Sparten sortierten Referate der Kulturabteilungen und -dezernate überfordert. Kulturpolitik wird immer mehr eine Querschnittsaufgabe und muss sich deshalb auch institutionell neu aufstellen. Dies war im Übrigen auch ein Grund für die Einführung des Kulturfördergesetzes in Nordrhein-Westfalen, das im Jahrbuch von Peter Landmann vorgestellt wird. Es gibt der Neuen Kulturförderung einen rechtlichen Rahmen und eine neue Governancestruktur.

*Die Kulturpolitische Gesellschaft hat Kulturpolitik immer als Gesellschaftspolitik verstanden. Deshalb die Frage zum Schluss: wie ordnet sich das Phänomen der Neuen hier ein?*

Unsere Absicht war, das Thema auf die kulturpolitische Diskursagenda zu setzen und einen Stein ins Wasser zu werfen. sind viele interessante Beiträge in dem Buch, die die These des »Neuen« bestätigen und Realitäten und Herausforderungen benennen. Es ist insofern ein kulturpolitisches Lesebuch im besten Sinne. Aber wir sind noch weit entfernt von einer schlüssigen Erklärung der angezeigten Entwicklung. Was fehlt ist eine Art Theorie der Kulturpolitik. Wenn das Jahrbuch dazu beitragen kann, dass Bewusstsein dafür zu schärfen, dass wir mehr Kulturpolitiktheorie und -forschung brauchen, dann hat es seinen Zweck schon erfüllt. Vielmehr kann von einem Jahrbuch nicht erwartet werden.

Die Fragen stellte *Wolfgang Hippe*



Dr. Norbert Sievers ist Hauptgeschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. und leitet deren Institut für Kulturpolitik.